

Sebastian Heilmann

## Chinesische Gratwanderung: Reformpolitik unter dem Druck der „Asienkrise“ \*

China wird gelegentlich von westlichen Politikern als Hort der Stabilität inmitten der asiatischen Turbulenzen charakterisiert. Dieses Bild verzerrt jedoch die Wirklichkeit: Chinas Wirtschaft ist von der asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise zwar nicht unmittelbar und mit voller Wucht getroffen worden. China profitierte zunächst von der weitgehenden Geschlossenheit seiner Devisen- und Wertpapiermärkte, und man könnte in diesem Zusammenhang von der „Gnade der späten Liberalisierung“ sprechen: Die Aufrechterhaltung strikter Kapitalverkehrskontrollen erwies sich während der ersten Attacken der „Asienkrise“ für China als Vorteil.

Die negativen *indirekten* Folgen der „Asienkrise“ für Exporte, Investitionen und Finanzsystem in China beginnen sich jedoch immer deutlicher abzuzeichnen. Der überwiegende Teil der staatlichen Unternehmen und der Banken steht auf tönernen Füßen. Die sozialen Folgen des Niedergangs im Staatssektor – Verlust von Arbeitsplätzen und sozialer Sicherung – treffen einen großen Teil der städtischen Bevölkerung. Zu alledem kamen im Sommer am Yangzi und in den Nordostprovinzen auch noch Jahrhundertfluten, die das Wirtschaftswachstum um bis zu einem Prozentpunkt drücken könnten. Jedes Prozent an Wachstum aber ist in China gleichbedeutend mit etwa sieben Millionen Arbeitsplätzen, die dringend benötigt werden.

In den nächsten fünf Jahren geht China in die schwierigste Phase der gesamten Reformpolitik. Und es gibt neben einer Reihe vielversprechender Stärken und Potentiale auch vielfältige Schwächen und Risiken, die einer erfolgreichen Entwicklung entgegenstehen (siehe die Übersicht „Voraussetzungen für Chinas künftige wirtschaftliche und politische Entwicklung: Potentiale und Risiken“).

Eine einseitige Schwarzmalerei aber, die im Hinblick auf Ostasien in den westlichen Medien um sich gegriffen hat, ist im Falle Chinas auch nicht angebracht. Denn die VR China besitzt derzeit noch einen wichtigen Vorteil gegenüber den meisten Nachbarstaaten: eine geeinte, handlungsfähige und reformorientierte politische Führung in der Zentrale, eine stabile Regierung in einem instabilen wirtschaftlichen und sozialen Umfeld. Deshalb sind in China weiterhin Chancen dafür gegeben, den mit der

„Asienkrise“ verschärften binnen- und außenwirtschaftlichen Herausforderungen aktiv zu begegnen.

## Von der Planwirtschaft zur „Clanwirtschaft“

In den am schärfsten von der „Asienkrise“ betroffenen Ländern Südost- und Ostasiens führte die dichte Verflechtung von Wirtschaft und Politik zu gravierenden Verzerrungen auf den Märkten und in der Staatstätigkeit. Diese Verzerrungen erwiesen sich in der „Asienkrise“ schließlich als destruktiv, die wirtschaftlichen Erschütterungen legten fundamentale Strukturdefizite der politischen Ökonomien in der Region offen. Wie steht die in China proklamierte „Sozialistische Marktwirtschaft“ im Vergleich da?

Durch das Erbe öffentlicher Eigentumsrechte und staatlicher Wirtschaftsplanung reicht die politische Verfügungsgewalt im Wirtschaftsleben Chinas noch weiter als in den Krisenländern der Region. Die politische Klasse ist noch tiefer in wirtschaftliche Tauschnetzwerke eingebunden. Eigentums- und Vertragsrechte erscheinen in China noch weniger gut gesichert. Im Extremfall und insbesondere auf den unteren Organisationsebenen ähnelt die Kommunistische Partei Chinas inzwischen nicht selten sogar einer mafiosen Gruppierung: Die Parteifunktionäre schöpfen Profite aus legalen und illegalen Unternehmungen ab und können die Einhaltung der von ihnen gesetzten Regeln erzwingen.

Chinas postsozialistische Wirtschaft wird im Westen manchmal als „Netzwerk-Kapitalismus“ glorifiziert. Und in der Tat haben informelle Netzwerke im Wirtschaftsleben den Vorteil, daß sie widersinnige staatliche Beschränkungen überwinden helfen und die unternehmerische Dynamik am Leben halten. Die Schattenseiten aber zeigen sich in einer grassierenden Korruption, in der Plünderung von Vermögenswerten im Staatssektor, in wilden Manipulationen im Finanzsystem sowie in politischem Zynismus und wachsender sozialer Ungleichheit.

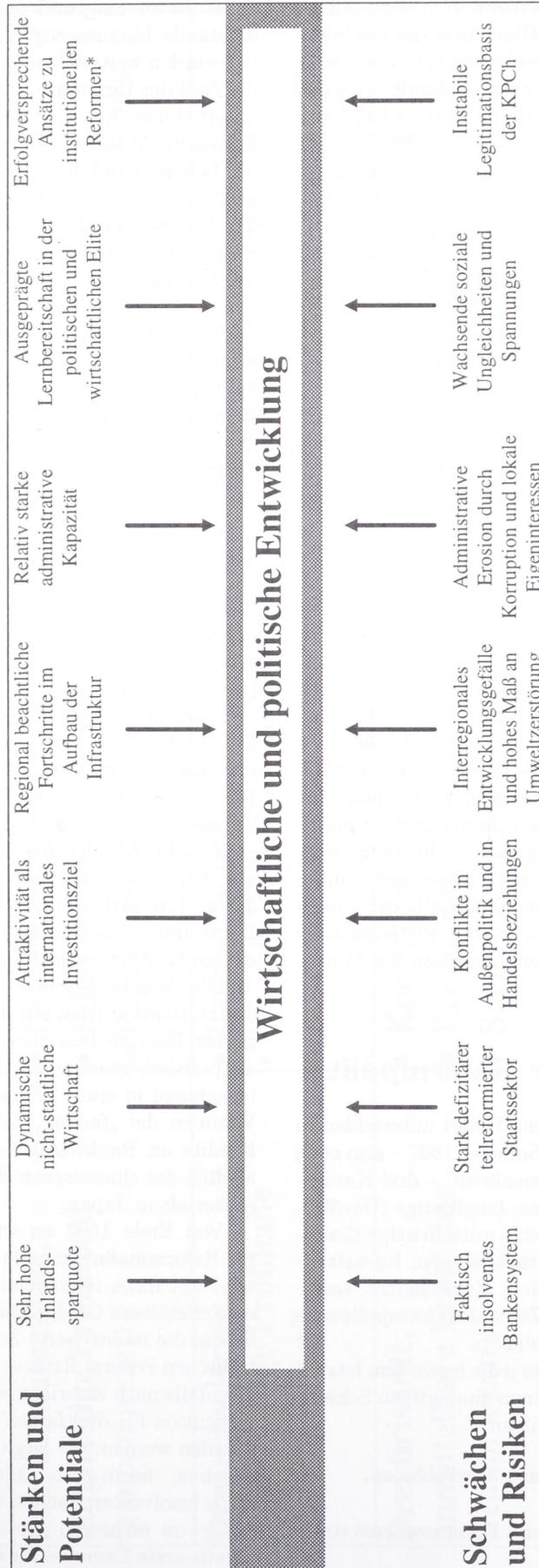
Das gesamte wirtschaftliche und politische System Chinas bewegt sich auf einem doppelten Boden:

- Es gibt die legale, offiziell gepriesene Oberfläche des Wandels von der Plan- zur Marktwirtschaft unter Leitung der Kommunistischen Partei.
- Und es gibt die Tiefenstruktur einer dynamischen inoffiziellen Wirtschaft, in die große Teile der Funktionärsschicht verwickelt sind, um sich private Vorteile zu sichern.

In China sprechen Sozialwissenschaftler inzwischen in einer kaum noch bemäntelten Fundamentalkritik an den Konsequenzen der Deng'schen Reformen von einem System der „Machtkapitalisierung“: Politische Macht wird systematisch gegen wirtschaftlichen Einfluß und materielle Vergünstigungen getauscht. Und ein fundamentaler Fehler rein ökonomischer Analysen der chinesischen Wirtschaft besteht zweifellos darin, daß der doppelbödige *politische* Gehalt des Wirtschaftslebens unterschätzt oder gar völlig verkannt wird.

In einer zugepitzten Weise läßt sich sagen, daß in China gar nicht ein Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft

# Voraussetzungen für Chinas künftige wirtschaftliche und politische Entwicklung: Potentiale und Risiken



\*Insbesondere im Bereich der öffentlichen Finanzen, des Zentralbankensystems und des Wirtschaftsrechts.

vonstatten geht, wie er offiziell als Ziel der Reformpolitik verkündet wird. Vielmehr wird die – zuvor auch schon von vielen informellen Verhandlungs- und Tauschpraktiken gekennzeichnete – alte Planwirtschaft in eine „Clanwirtschaft“ transformiert: in eine Ökonomie, die von informellen und dicht geknüpften Tauschnetzwerken aus politischen und unternehmerischen Akteuren dominiert wird. Aus dieser Sicht ist die „Sozialistische Marktwirtschaft“ Chinas geprägt durch die Privatisierung von Profiten zugunsten solcher „Clans“ und durch die Sozialisierung von Verlusten zu Lasten des Staates und der breiten Bevölkerung.

Die jüngsten Kampagnen der Zentralregierung gegen Korruption, Schmuggel und kommerzielle Unternehmungen in Organen des Parteistaates und der Armee werden diese Strukturen nicht dauerhaft beseitigen können. Aber der politischen Zentrale ist es zumindest gelungen, erhebliche Unruhe in die Netzwerke der Bestechlichen, Schmuggler und Finanzmanipulateure zu bringen. Studien der Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International“ und der Hongkonger „Political and Economic Risk Consultancy“ verzeichnen für die Volksrepublik China seit dem letzten Jahr übereinstimmend einen leichten Rückgang des Korruptionsniveaus. Dies ist ein ermutigendes Zeichen. Ob aus den vehementen, kurzatmigen Kampagnen Beijings aber eine regelgeleitete Marktwirtschaft entstehen wird, wie sie der Parteiführung vorschwebt, ist zweifelhaft.

Die bestehende Clanwirtschaft wird nur durch institutionelle Reformen aufzulockern sein, die für die politische Zukunft der Kommunistischen Partei hochriskant sind: ein umfassender Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, ein konsequenter Schutz privater Eigentums- und Vertragsrechte sowie die Errichtung unabhängiger politischer und justizieller Kontrollorgane. Solche tiefgreifenden Reformfordernisse treffen aber schon seit Jahren auf unüberwindliche Widerstände innerhalb der politischen Elite Chinas, deren politische und wirtschaftliche Stellung auf die strukturellen Besonderheiten der Staats- und Clanwirtschaft gegründet ist.

## Schlüsselbereiche der Reformpolitik

Die Führung der Kommunistischen Partei unterschied in ihrer strategischen Planung vom Sommer 1997 – also noch vor der vollen Entfaltung der „Asienkrise“ – drei Kategorien von Reformherausforderungen: langfristige (Bevölkerung, Bildung, Ressourcen/Umwelt), mittelfristige (Landwirtschaft, Staatsbetriebe und Staatsbanken, Infrastruktur) und unmittelbare (Korruption, Kriminalität, soziale Gegensätze) (siehe Übersicht „Zentrale reformpolitische Herausforderungen in der VR China“).

In der politischen Praxis sind es jedoch seit dem letzten Jahr drei Schlüsselbereiche, die einen eindeutigen Schwerpunkt der Reformbemühungen bilden:

- die Restrukturierung der Staatsunternehmen,
- die Sanierung des Banken- und Finanzsystems sowie
- die Reorganisation der öffentlichen Verwaltung.

Die *Restrukturierung der Staatsunternehmen* stellte auf dem letzten Parteitag im Herbst 1997 ein zentrales Thema dar. Zwanzig Jahre lang wurden Reformen im Staatssektor aufgrund politischer und ideologischer Widerstände hinausgezögert. Erst auf dem letzten Parteitag wurden weitreichende Reformen offiziell gebilligt, und die Zahl der Umorganisationen und Konkurse von Staatsunternehmen hat sich seitdem vergrößert. Die sozialen Folgen für Millionen freigesetzter Arbeitskräfte sind, was das Lebensgefühl der städtischen Gesellschaft angeht, vergleichbar mit denen eines Schocks. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Staatssektors ist es über die sozialen Folgen hinaus zu einem beschleunigten Abfluß staatlicher Vermögenswerte bis hin zur Veruntreuung von Mitteln gekommen, die für Lohn- und Pensionszahlungen sowie für Sozial- und Wiederbeschäftigungsfonds gedacht sind. Die wachsende Arbeitslosigkeit und zunehmende Zahl sozialer Unruhen bremsen inzwischen die Reformen in vielen Regionen. Nach Berechnungen eines chinesischen Ökonomen hat die städtische Arbeitslosigkeit real acht Prozent erreicht. Darin sind nicht die schätzungsweise 160 Millionen ländlichen Arbeitssuchenden eingerechnet.

Die politischen und gesellschaftlichen Widerstände gegen weiterreichende Reformen im Staatssektor nehmen zu. Diese Entwicklung wiegt schwer, weil der defizitäre Staatssektor auf die chinesische Wirtschaft insgesamt eine auszehrende Wirkung ausübt. Ein chinesischer Börsenfachmann hat das mit Blick auf den Verlauf der Reformpolitik so ausgedrückt: „Am Anfang haben die Staatsunternehmen sich aus dem Regierungshaushalt ernährt. Dann haben sie das Kapital der Banken und die privaten Spareinlagen aufgezehrt. Und nun ziehen sie mit ihren Börsengängen auch noch den Aktionären das Geld aus der Tasche.“ Es könnte vielleicht tatsächlich ökonomisch sinnvoller sein, wie der *Economist* jüngst provokant schrieb, alle defizitären Staatsunternehmen kurzerhand zu schließen und die Arbeiter einfach wie bisher weiterzubezahlen. Der Staatssektor erscheint jedenfalls als der große Parasit, der große Wertevernichter der chinesischen Wirtschaft.

Die *Strukturereformen im Bereich des Banken- und Finanzsystems* werden seit dem Ende des letzten Jahres mit großer Energie betrieben. Das Bankensystem ist durch die politisch gelenkte Kreditvergabe an marode Staatsunternehmen in einen höchst labilen Zustand geraten. Das Volumen der „faulen“, nicht mehr zurückzuerwartenden Kredite im Bankwesen beläuft sich schätzungsweise auf 30-40% des chinesischen BIP und wäre damit noch etwas größer als in Japan.

Von Ende 1997 an wurde jedoch eine Serie wichtiger Reformmaßnahmen in Gang gesetzt: Die Zentralbank wird mit ihren regionalen Zweigstellen reorganisiert, um eine effektivere Geldpolitik und Finanzaufsicht zu ermöglichen; die intensivierte Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Federal Reserve Board hat hier starken Einfluß. Ebenfalls nach amerikanischem Vorbild soll eine Auffanginstitution für die „faulen“ Kredite im Bankensystem geschaffen werden; die Regierung plant Staatsanleihen auszugeben, die in erster Linie der Rekapitalisierung technisch insolventer Banken dienen sollen. Durch die Schließung von mehreren großen Finanzinstitutionen wurden bereits erste Exempel für eine konsequentere Finanzdisziplin statuiert.

## Zentrale reformpolitische Herausforderungen in der VR China

<i>Einschätzung aus der Sicht der Parteiführung*</i>		<i>Weitergehende Reformfordernisse**</i>
<b>Drei fundamentale, langfristige Probleme</b> ( <i>genben wenti</i> )	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bevölkerung</li> <li>• Bildung</li> <li>• Ressourcen und Umwelt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verfassungsreform</li> <li>• Föderalismus</li> <li>• „Vergangenheitsbewältigung“</li> <li>• Ethische Erneuerung</li> </ul>
<b>Drei schwierige, mittelfristige Probleme</b> ( <i>nandian wenti</i> )	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landwirtschaft</li> <li>• Staatsbetriebe [incl. Bankensystem]</li> <li>• Infrastruktur</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verwaltungsreform</li> <li>• Mitwirkungsrechte</li> <li>• Meinungs- und Pressefreiheit</li> <li>• Interessenpluralismus</li> </ul>
<b>Drei brisante, unmittelbare Probleme</b> ( <i>redian wenti</i> )	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Korruption</li> <li>• Kriminalität</li> <li>• Soziale Gegensätze</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• politische Kontrollinstanzen</li> <li>• Justizreform</li> <li>• Rechtssicherheit</li> <li>• System sozialer Sicherung</li> </ul>

\*Nach Liu Defu, Leiter der Politikgruppe im Forschungsinstitut des ZK-Hauptbüros der Kommunistischen Partei Chinas, in: *Yue Gang Xinxi Ribao*, 23. August 1997.

\*\* Eigene Ergänzungen, Beispiele.

Auch wenn viele dieser Maßnahmen bis jetzt noch nicht vollständig umgesetzt sind und noch nicht greifen, so handelt es sich doch um die richtigen Schritte vor dem Hintergrund der „Asienkrise“. Die wirtschaftlichen Risiken, die mit der Instabilität des chinesischen Finanzsystems verbunden sind, bleiben allerdings weiterhin außerordentlich hoch.

Die *Reorganisation der Zentralregierung* – insbesondere der für die Wirtschaftsregulierung zuständigen Organe – wurde in diesem Frühjahr mit großem Elan vorangebracht. Auf Drängen des neuen Ministerpräsidenten Zhu Rongji wurde eine weitreichende Neuordnung der Zentralregierung vollzogen, die eine drastische Reduzierung der Organe und des Personals einschließt. Die neuen Stellenobergrenzen sind zwar durch Transfers von Personal in angegliederte und nachgeordnete Institutionen und Unternehmen geschönt. Dennoch dürfte der chinesische Staatsrat nun überraschenderweise die „schlankeste“ Zentralregierung in Asien sein, zumindest was die Relation zwischen Ministerialbeamten und Bevölkerung angeht. Es ist jedoch keineswegs sicher, daß diese Entwicklung auch zu einer verbesserten Leistungsfähigkeit und Transparenz in der Regierungsarbeit führen wird.

Auf den unteren Verwaltungsebenen, wo die weitaus größte Zahl der annähernd 40 Millionen Staatsbediensteten angesiedelt ist, treffen Forderungen Beijings, das Personal ebenfalls drastisch zu reduzieren, auf anhaltenden Widerstand: erstens wegen der Schwierigkeiten, neue Stellen für freigesetzte Staatsbedienstete zu finden, und zweitens, weil der Staatsdienst ein zentrales Feld politischer Patronage ist.

Das rigide Vorgehen Zhu Rongjis in der Verwaltungsreform ist aus übergeordneter Perspektive heraus gerechtfertigt, notwendig und auch populär. Aber im derzeitigen Kontext könnten sich diese Maßnahmen als politisch risikoreich herausstellen. Wenn ein beachtlicher Teil der Staatsbediensteten auf allen Ebenen tatsächlich freigesetzt würde, könnte dies den sowieso stark geschwächten Zusammenhalt und Loyalitätssinn der tragenden Schicht des Parteistaates weiter schwächen. Eine politische Desintegration aber würde die Wirkung der angestrebten wirtschaftlichen und administrativen Strukturreformen insgesamt zunichte machen.

## Das Regierungsprogramm zur Investitions- und Konjunkturförderung

Welche Möglichkeiten hat die chinesische Führung, um unter dem Druck der „Asienkrise“ die Gefahr eines Wachstumseinbruchs mit all seinen sozialen und politischen Folgen abzuwenden? Die chinesische Regierung hat sich entschlossen, ein gewaltiges öffentliches Investitionsprogramm insbesondere zur Förderung der Infrastruktur aufzulegen. Dieses Förderprogramm soll Nachfragerückgänge in der Binnen- und Exportwirtschaft kompensieren. Immer wieder wurden gigantische Zahlen von mehreren hundert Milliarden Dollar ins Spiel gebracht; das eigentliche Stimulierungspaket aber dürfte wohl zunächst einmal die bescheidenere Summe von mehreren dutzend Milliarden US-Dollar für die Jahre 1998 bis 2000 umfassen.

Staatliche Investitionsprogramme gingen in China bislang meist mit einer riesigen Verschwendung, einem dramatischen Aufschwung der korruptiven Abschöpfung und einem nicht nachhaltigen „Fehlwachstum“ einher. In China spricht man in diesem Zusammenhang von „blinden Investitionen“. Der Effekt zeigte sich in den letzten Jahren zum Beispiel darin, daß auf einer nur dreihundert Kilometer langen Strecke am Yangzi neun Häfen mit Überseekapazitäten entstanden sind. Und in der Provinz Guangdong wurden fünf internationale Flughäfen in einem Radius von einigen hundert Kilometern gebaut. Es ist zu befürchten, daß solche „geltungssüchtigen“ lokalen Vorzeigeprojekte, deren finanzieller Aufwand in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen steht, nun wieder verstärkt vorkommen werden.

Bislang sind Resultate des Investitionsprogrammes noch nicht deutlich zu erkennen. Seit August gibt es allerdings Anzeichen für eine Wachstumsbelebung, die auch mit den öffentlichen Investitionen zusammenhängen dürfte. Grundsätzliche Skepsis bleibt jedoch angebracht, da das Regierungsprogramm für den Strukturwandel wenig hilfreich scheint und grundlegende Konstruktionsfehler aufweist:

- Die Mittel werden zu einem Großteil in den maroden Staatssektor gelenkt. Damit werden Unternehmen alimentiert, die zumindest teilweise schon längst hätten in Konkurs gehen müssen.
- Die ländliche Infrastruktur, die dringender Förderung bedarf und die entscheidende Grundlage für ein regional ausgeglicheneres Wachstum bilden könnte, wird durch das Programm nur am Rande erfaßt.
- Das Bildungs- und das Gesundheitswesen werden weiterhin unterfinanziert bleiben. Dies schwächt die zukünftigen Wachstumspotentiale.
- Der Privatsektor wird kaum direkt von dem Programm profitieren können, obwohl es sich um den einzigen Sektor handelt, der das Potential besitzt, ein nachhaltiges Wachstum zu leisten.

Es handelt sich demnach um ein Förderprogramm, das sozialistische Altlasten künstlich am Leben erhält und ein qualitativ zweifelhaftes Wachstum fördert, ohne daß Anreize zum Strukturwandel gegeben würden. Auf diese Weise könnten gewaltige Regierungsmittel in ein kurzlebiges Strohfeuer geworfen werden. Deshalb wird für die Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf längere Sicht nicht dieses öffentliche Ausgabenprogramm ausschlaggebend sein, sondern der Fortgang der oben skizzierten institutionellen Reformen.

## Ausblick

Unter dem Banner der inneren und äußeren „wirtschaftlichen Sicherheit“ (*jingji anquan*) sind in China jüngst eine Reihe geplanter wirtschaftlicher Liberalisierungsmaßnahmen vertagt worden.

In der Außenwirtschaft besteht eine wichtige neue Entwicklung für ausländische Investoren und Handelspartner

darin, daß Beijing sich wesentlich weniger kompromißbereit zeigt, was den geplanten WTO-Beitritt Chinas und damit verbundene außenwirtschaftliche Liberalisierungsmaßnahmen etwa im Bereich von Telekommunikation und Finanzen angeht. Die Europäische Union und die Regierung der Vereinigten Staaten haben sich jüngst mehrfach über diese Tendenzen beschwert. Unterdessen ist unter chinesischen Ökonomen eine rege Diskussion darüber im Gange, inwiefern ausländische Investitionen tatsächlich die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft fördern oder nicht vielmehr chinesische Unternehmen und Marken einfach verdrängen. Kurz: Der ökonomische Nationalismus hat in China unter dem Eindruck der „Asienkrise“ neuen Auftrieb bekommen – dies ist nicht zum Vorteil ausländischer Handelspartner und Investoren.

In der Binnenwirtschaft kommt seit Juli die Restrukturierung des Staatssektors nur noch schleppend voran. Der Verkauf kleiner und mittlerer Staatsunternehmen an private Investoren ist von der Zentralregierung gebremst worden. Die Banken sollen auf Regierungsweisung wieder bevorzugt Kredite an defizitäre staatliche Betriebe vergeben. Die geplante Kommerzialisierung der Wohnungswirtschaft, die verbesserte Förderung des Privatsektors und die Reform des Gesundheitssystems stocken in den meisten Regionen Chinas. Und die zwischenzeitlichen Signale für eine größere Reformbereitschaft im politischen System haben sich gänzlich verflüchtigt. Die chinesische Regierung erscheint derzeit eher als „Feuerwehr“, die immer wieder neu aufflammende Krisenerscheinungen bekämpfen muß, weniger aber als Pionier dringlicher Strukturreformen.

Für die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung in China wird es nicht ausschlaggebend sein, ob die Wachstumsvorgabe von acht Prozent in diesem Jahr zielgenau erreicht wird, es gibt viele Anzeichen etwa in der Energieproduktion dafür, daß diese Vorgabe völlig unerreichbar sein wird. Längerfristig maßgeblich wird vielmehr sein, ob China aus der „Asienkrise“ wirklich die notwendigen Lehren zieht und die Erkenntnisse auch in konsequente Strukturreformen umsetzt, ohne daß es zu einer sozialen und politischen Explosion kommt.

Hierzu gibt es einige gute Ansätze, wenn auch die chinesische Wirtschaftspolitik unter dem Druck von „Asienkrise“ und Naturkatastrophen derzeit eher reaktiv erscheint. Um dem wachsenden Reformdruck zu genügen, muß die politische Führung zu dem Elan zurückfinden, der sich nach dem letzten Parteitag und nach dem Wechsel an der Spitze der Zentralregierung in diesem März gezeigt hatte.

In den nächsten Jahren wird sich die VR China auf einem sehr schmalen Grat bewegen. Der Absturz in Form einer abrupten ökonomischen Kontraktion und/oder eines politischen Ordnungszusammenbruchs ist nicht mehr auszuschließen: Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Risiken erscheinen derzeit einfach zu groß, das wirtschaftliche Umfeld in Ostasien zu unsicher. Aus heutiger Sicht erweist es sich als schwerwiegendes Versäumnis, daß die relativ günstigen inneren und äußeren Bedingungen der Jahre 1992 bis 1997 nicht konsequenter für die Durchsetzung schmerzhafter Strukturreformen genutzt worden sind.

Um die Lage in der näheren Zukunft zu stabilisieren, braucht Chinas politische Führung „die Hände von Teufeln und das Herz eines Buddhas“: die Hände von Teufeln, um die schlimmsten Auswüchse der Clanwirtschaft zu bekämpfen und Reformen auch gegen starke Gegenwehr durchzusetzen; und die visionäre Unerschrockenheit eines Buddhas, um trotz aller Widerstände das Ziel einer regelgeleiteten Marktwirtschaft und einer sauberen Regierungsführung nicht aus den Augen zu verlieren. Ein solches Reformprogramm aber wird zweifellos die Grenzen der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Ordnung sprengen. China stehen deshalb in jedem Falle turbulente Zeiten bevor.

---

\* Dieser Essay beruht auf einem Vortrag, den Herr Dr. Heilmann am 12. November dieses Jahres auf einer Tagung des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft („Asien: Zum Wandel verdammt – Wege aus der Krise“) im Hause des Deutschen Industrie- und Handelstages in Bonn gehalten hat.